



Kurz und Co bleiben hart: Kein einziges Kind soll aus den unmenschlichen Bedingungen gerettet werden.

Asyl in Zeiten des Virus

Die mittel und langfristigen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind noch nicht absehbar. Auch wissen wir nicht, wie lange uns das Virus noch begleiten wird. Die Erfahrungen der letzten drei Monate haben uns bekannte Probleme im Asylsystem zum Teil drastisch vor Augen geführt.

Von Herbert Langthaler

Viel war in der ersten Woche des so genannten Corona-Lockdowns von „Entschleunigung“ die Rede, Menschen posteten in den sozialen Medien Stapel von Büchern, die sie jetzt zu lesen gedachten und freuten sich, dass sie „heuer endlich zum Osterputz“ kommen würden. Wir wissen nicht, wie viel wirklich gelesen und geputzt wurde, im Bereich der Flüchtlingsarbeit hielt sich die Entschleunigung jedenfalls in Grenzen.

Wie immer

Anfang März war alles noch wie immer, wir tauschten uns mit Kolleg*innen aus, arbeiteten an der neuen Ausgabe von *asyl aktuell* und vereinbarten Schulworkshops für den Rest des Semesters. Die Themen waren die gleichen wie in den Monaten davor: Wir arbeiteten an zündenden Narrativen und umsetzbaren Utopien, stellten uns die bekannten Fragen: Wie können wir Abschiebungen nach Afghanistan verhindern? Welche Auswirkungen wird die

Bundesagentur für Betreuung und Unterbringung (BBU) auf die Arbeit der NGOs haben? Wie können wir uns mit anderen Akteuren vernetzen, um die Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen zu stoppen und die verhärtete ÖVP dazu bringen, Flüchtlinge aus Griechenland aufzunehmen?

Inzwischen eskalierte die Situation eben dort – an der türkisch-griechischen Grenze. Erstmals wurde von Grenzbeamten eines EU-Staates scharf auf Flüchtlinge geschossen. Schnellboote der griechischen Küstenwache attackierten die Schlauchboote der Geflüchteten. Es gab Tote – wie viele, ist bis heute unklar, die griechische Regierung streitet alles ab.

In dieser Situation forderte die *asylkoordination* die Evakuierung der überfüllten Lager auf den griechischen Inseln und die Aufnahme von 5.000 der Evakuierten in Österreich. Wir riefen am 6. März zu einer Demonstration auf. Es wurde viel diskutiert an diesem Abend, Covid-19 – das Virus – war kein Thema.

Eine Woche später war alles anders.

Am Montag hatte ich noch einen Termin in der ERSTE BANK, am Dienstag einen Workshop in einer Maturaklasse meiner alten Schule im 15. Bezirk, am Mittwoch einen im 2. Bezirk. Am Abend im Theater: Nervosität, soll man sich umarmen? Die Schauspieler*innen toi-toi-toi anspucken? – lieber nicht. Nachher im Restaurant: fast nur noch ein Thema, wie in den Wochen danach – das Virus. Am Donnerstag dann die erste Veranstaltung, die abgesagt werden musste. Irene Brickner hätte im *Kreisky Forum* den *Ari Rath Preis* entgegennehmen sollen – man* hätte mehr als 100 Personen erwartet – verboten!

Freitag um 8:15 sind wir wieder in der Schule im 2. Bezirk. Mein afgha-

nischer Kollege, der mit den Kindern Drachen bauen sollte, will das Schulgebäude nicht betreten. „Wenn jemand krank wird, heißt es: Es waren die Flüchtlinge.“ Wir gehen betreten hinein, wir wissen: Er hat recht.

Während wir mit den Schüler*innen über Afghanistan reden, ein SMS: Ausgangssperre ab dem Wochenende. Später, wir haben die Schule schon nach zwei Stunden wieder verlassen, im ORF: Regierung dementiert: sicher keine Ausgangssperre. Trotzdem fahre ich nicht mehr ins Büro, sondern einkaufen in den Supermarkt: Schweinsbraten, Schulterscherzel, Gemüse – kein Klopapier.

Recherchen und Informationen

Die nächsten Wochen sind bestimmt von Verunsicherung, Angst und vielen unbeantworteten Fragen. Die drängendsten für uns: Was wird aus den Asylverfahren? Wird weiter abgeschoben? Was passiert mit Massenquartieren wie Traiskirchen? ... und immer noch spitzte sich die Lage in Griechenland weiter zu; jetzt drohte in den völlig überfüllten Lagern auf den ägäischen Inseln auch noch der Ausbruch der Corona-Pandemie.

Also wurde recherchiert, im Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, im Justiz- und im Innenministerium, bei den NGOs und den Flüchtlingskoordinationen in allen neun Bundesländern. Bald war klar, die Verfahren werden weitgehend ausgesetzt, Fristen gehemmt und die meisten Bundesländer bemühen sich, der Lage pragmatisch und mit Voraussicht zu begegnen, es gibt keine Entlassungen aus der Grundversorgung, man sucht Kapazitäten für Quarantänequartiere zu schaffen, und nach einer Woche gibt es dann auch Informationen in den wichtigsten Sprachen der Asylsuchenden.



Die *asylkoordination* macht öffentlich Druck gegen diesen Gesetzesverstoß.

Wir bereiten die Informationen auf und verbreiten sie über unsere Medien und stehen auch immer für Anfragen von Journalist*innen zur Verfügung.

Probleme gibt es – wie so oft – mit dem Innenministerium. Man denkt nicht daran, die großen Quartiere schnell aufzulösen und weigert sich, Abschiebungen offiziell auszusetzen. Auch bei der Aufnahme von Evakuierten aus Griechenland schaltet man auf stur, auf die Fragen von Journalist*innen gibt der Kanzler zu Protokoll, seine Position habe sich „verhärtet“. Am 16. März bricht im Lager von Moria ein Brand aus – er kann zum Glück gestoppt werden, bevor er sich großflächig ausbreitet.

Protest und Appell

Unsere Arbeit erledigen wir zum Großteil im Homeoffice, wobei das Büro in der Burggasse immer besetzt bleibt, in erster Linie mit jenen Kolleg*innen, die keine Betreuungsverpflichtungen haben. Besprechungen erfolgen über Netz, Treffen

später über Zoom oder andere Video-Dienste – soweit die Leitungskapazitäten mitspielen.

In den ersten Tagen schien es noch so, als ob Geflüchtete in dieser Krise nicht als Sündenböcke oder Mittel und Zielscheibe politischer Ablenkungsmanöver herhalten müssten. Aber Ende März sah Innenminister Nehammer die Zeit gekommen, etwas für die neu von der FPÖ gewonnene Klientel zu tun.

Also erklärte er, es sei für Geflüchtete nicht mehr möglich, ohne Gesundheitszeugnis einen Asylantrag an der Grenze einzubringen. Er habe auch einen entsprechenden Erlass für die Exekutivbeamten herausgegeben. Nicht nur, dass praktisch nie Anträge an der Grenze eingebracht werden, würde ein solcher Erlass auch gegen die Genfer Flüchtlingskonvention, EU-Recht und die österreichische Verfassung verstoßen. Dass der ÖVP die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen egal ist, hat der Kanzler in Bezug auf möglicherweise verfassungswidrige Covid-

19-Gesetze ja bestätigt, bei Erlassen ist das wohl auch so. Die *asylkoordination* macht öffentlich Druck gegen diesen Gesetzesverstoß und versucht Klarheit zu bekommen, in welcher Form der Erlass den Grenzbeamten zur Kenntnis gebracht wurde, zeitweise konnte das Schreiben im internen System des BMI angeblich nicht gefunden werden. Der Minister laviert zwischen Abstreiten und die Verantwortung auf das Gesundheitsministerium Abschieben.

„Sollten Anträge auf internationalen Schutz aufgrund eines Erlasses des Innenministeriums nicht angenommen werden, steht der Verdacht des Amtsmissbrauchs im Raum“, kommentierte *asylkoordination*-Sprecher Lukas Gahleitner-Gertz das Vorgehen des Ministers. Im April, als der Wortlaut des Erlasses dann in den Medien auftauchte, sah sich die *asylkoordination* genötigt, eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft Wien einzubringen. „Zustände wie in Ungarn, wo per Dekret am Parlament vorbeiregiert wird, dürfen wir nicht einmal ansatzweise dulden“, begründete Gahleitner-Gertz den Schritt. Wir nahmen mit Flüchtlings-NGOs und Journalist*innen in den Nachbarländern Kontakt auf, um bei etwaigen Push-Backs durch Österreich die Betroffenen rechtlich zu unterstützen.

Ebenfalls Ende März koordinierte die *asylkoordination* einen dringenden Appell an die Führung der EU und an die griechische Regierung: „Wir fordern Sie unverzüglich zur Evakuierung der Flüchtlingslager und Hotspots auf den griechischen Inseln auf, um eine Katastrophe inmitten der Covid 19-Pandemie zu verhindern.“ Hunderte Organisationen und Tausende Einzelpersonen in zwölf EU-Staaten schlossen sich an.

Zu Ostern wurden die ersten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge aus

den griechischen Lagern nach Luxemburg und Deutschland ausgeflogen. Und obwohl auch tausende Österreicher*innen bis dahin Petitionen unterschrieben haben, bleiben Kurz und Co hart, kein einziges Kind soll aus den unmenschlichen Bedingungen gerettet werden.

Strafen und Desinformieren

Nach zwei Wochen Ausgangsbeschränkungen häuften sich Mails und Anrufe bei der *asylkoordination* mit Berichten über völlig überzogene Strafverfügungen gegen Flüchtlinge, die gegen Auflagen verstoßen hätten, die den Aufenthalt im öffentlichen Raum beschränkten. Sitzen auf einer Bank am Donaukanal, wobei kein ausreichender Abstand zu Passanten gewährleistet war, Einkäufe im vom Wohnort (3. Bezirk) zu weit entfernten Brunnenmarkt, Fahrt aus dicht verbautem Gebiet zur Donauinsel zum Zwecke des Spazierengehens. Die Polizei belehrte nicht, mahnte nicht ab, sondern zeigte an, Strafverfügungen zwischen 300 und 1.300 Euro flat-

„Zustände wie in Ungarn dürfen wir nicht dulden!“

terten in die Grundversorgungs- oder Mindestsicherungsbezieher*innen-Haushalte. Rechtsberatungsstellen unterstützten hunderte Einsprüche gegen solche Strafverfügungen. Inzwischen ist klar, dass es viele der durch die Polizei exekutierten Gesetze in dieser Form gar nicht gegeben hat – die autoritäre Ader war den Ministern bei den Dauerpressekonferenzen durchgegangen.



Während niemand das Gelände verlassen durfte, befürchteten viele der so Eingeschlossenen, innerhalb des Lagers ansteckt zu werden.

Das Informationsbedürfnis von Menschen einer anderen Sprache als Deutsch haben die Behörden im monolingualen Österreich nicht selbstverständlich am Radar. Zwar verschickte in Wien die MA 17 schon am 12. März das erste Mail mit mehrsprachigen Informationen und viele weitere folgten – auch in etlichen anderen Bundesländern. Erschreckend diskriminierend ging aber gerade die Einrichtung vor, die ausschließlich mit der „Integration“ von Geflüchteten und Migranten befasst sein sollte. Der *asylkoordination* wurde vor Ostern ein SMS des ÖVP-dominierten Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) weitergeleitet, in dem die ÖIF-Kund*innen „informiert“ wurden, dass sie zu Ostern ihren Wohnsitz nur verlassen dürften, um zu arbeiten, für dringende Einkäufe oder Arztbesuche oder um Hilfe zu leisten. Dass selbstverständlich Spazierengehen mit den Mitbewohner*innen erlaubt war, weil für die psychische und physische Gesundheit notwendig, wurde schlichtweg unterschlagen.

Telefonate mit dem ÖIF führten zu keiner Richtigstellung, erst als verschiedene Medien über diese Desinformation berichteten, wurden die Gründe, das Haus verlassen zu dürfen, um „Sport im Freien oder um frische Luft zu schnappen“ ergänzt.

Isolation und Quarantäne

Die Problematik des mehr als fragwürdigen Umgangs mit der (Bewegungs)Freiheit von Geflüchteten gehörte zu jenen Themen (siehe „Isoliert im Lagerkosmos“, Seite 18), die in der Zeit des Virus besonders offensichtlich wurden. Die *asylkoordination* hat in mehreren Fällen eingegriffen bzw. verschiedene Maßnahmen der Behörden genau beobachtet. Es zeigte sich, dass gerade im Falle der Unterbringung in Bundesquartieren der bürokratische Apparat höchst schwerfällig reagierte. So wurde am 26. März, zu einer Zeit, als ganz Tirol bereits strenges Quarantäne-Gebiet war, noch eine Person von der EAST Thalham in die RÜBe nach Fieberbrunn verlegt. Die von der *asylkoordination* eingeschalteten Medien berichteten, das Innenministerium versi-

cherte, es handle sich um ein Versehen, das sich nicht mehr wiederholen werde.

Von Beginn des Lockdowns appellierte die *asylkoordination* an das BFA, Großquartiere wie Traiskirchen zumindest teilweise zu räumen und Asylwerber*innen in jene Quartiere zu verlegen, für die das BMI seit Jahren Miete zahlt, ohne sie zu nutzen. Bereits am 18. März wurde dann von der Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung über die 162 Bewohner*innen des Quartiers in Bergheim Quarantäne verhängt, nachdem ein Flüchtling positiv auf Covid-19 getestet worden war. Am 24. März war es dann in Traiskirchen so weit: Nachdem bei zwei Bewohnern¹ eine Infektion aufgetreten war, verhängte die BH Baden ein Betretungsverbot für die gesamte Anlage, die schließlich bis 30. April gelten sollte. Während niemand das Gelände verlassen durfte, befürchteten viele der so Eingeschlossenen, innerhalb des Lagers angesteckt zu werden. Die *asylkoordination* konnte mit etlichen Bewohner*innen Kontakt aufnehmen und dafür sorgen, dass sie ihre Bedenken an die Medien weitergeben konnten. Schließlich wirkten wir auch an einer Maßnahmenbeschwerde mit, die

der Anwalt Clemens Lahner im Namen einiger der 611 Betroffenen einbrachte.

Anstatt nach Aufhebung des Betretungsverbot des Belag des Lagers sofort zu verkleinern, geschah seitens des BFA nichts. Am 15. Mai erkrankte wieder ein Bewohner, er wurde am 20. Mai (!) getestet, das Lager zum zweiten Mal, diesmal bis 3. Juni, komplett abgeschottet.

Von Beginn des Lockdowns appellierte die *asylkoordination* an das BFA, Großquartiere zu räumen.

Die Covid-19 Krise hat viele bekannte Probleme sichtbar gemacht. Die *asylkoordination* hat dazu beigetragen, dass vieles nicht einfach unter den Teppich gekehrt werden konnte. Jetzt gilt es, aus den Erfahrungen der letzten Monate zu lernen und die Probleme endlich zu lösen. Es wird dazu nicht nur der Kooperation mit den Verantwortlichen bedürfen, sondern – und vor allem – des Drucks aller zivilgesellschaftlichen Akteure.

¹ Einer der Erkrankten verstarb in Folge der Infektion.



Die *asylkoordination* hat in mehreren Fällen eingegriffen und Maßnahmen der Behörden genau beobachtet.